

# Arbeiterbewegung

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 3. September 1930

Nummer 71

### Religiöse Loyalität in den Gewerkschaften

Die Frage der Heimatberechtigung religiös gesinnter Arbeiter in den freien Gewerkschaften hat in Nr. 34 der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine sehr zeitgemäße Beurteilung durch Richard Timm, den Wirtschaftsleiter der Bundeschule in Bernau, gefunden. Dieses Problem hat für uns Buchdrucker von jeher eine besondere Bedeutung gehabt und wurde schon vor vielen Jahren, insbesondere vor dem Kriege, auch im „Korr.“ eingehend und vielseitig behandelt. Die damaligen tiefstehenden Auseinandersetzungen, die sich einer lebhaften Mitarbeit aus Kollegenkreisen erfreuten, haben sehr aufklärend gewirkt und nicht wenig dazu beigetragen, daß in der Folgezeit größere Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiet nicht mehr zu verzeichnen waren. Die in der Hauptfrage schon damals wie auch heute noch von der Schriftleitung des Verbandsorgans vertretene Auffassung, daß gerade wir Buchdrucker in Fragen der Religion aus rein beruflichen Gründen nach Möglichkeit, d. h. soweit es überhaupt noch mit gewerkschaftlichen und gewerbepolitischen Grundfragen irgendwie vereinbar ist, jeden nach seiner Art selbigen werden lassen sollten, ist inzwischen Gemeingut weltanschaulicher Herkunft und Zielstrebigkeit aller im Verband der Deutschen Buchdrucker vereinigten Berufsgruppen geworden. Daran können auch da und dort vorkommende Entgleisungen einzelner Heißsporne der einen oder anderen Fakultät nur wenig oder gar nichts ändern. Im allgemeinen zeigen sich Auswüchse in dieser Frage nur als Ausnahmen, und zwar hauptsächlich dort, wo blinder Eifer lediglich zur Verbedauerung religiöser Mythen im Denken und Glauben auf weltanschaulichen Gebieten dienen muß.

Ein allgemeiner Anlaß zur Aufrollung dieses Themas bestände demnach nicht, wenn nicht im gegenwärtigen Wahlkampf in der Hauptfrage von christlicher Seite her versucht würde, mangels anderer Existenzberechtigungsnachweise und aus anderen Unzulänglichkeiten den freien Gewerkschaften am Zeuge zu stützen. Aber auch diesen Erscheinungen gegenüber hätten wir infolge ihrer geistigen Stumpfheit und ihrer relativen Ohnmacht gegenüber dem grundsätzlichen Zusammenhalt untrer Kollegenchaft im Verbandsverband keinen Anlaß, aus unsrer diesbezüglichen Reserve herauszugehen. Nur der Umstand, daß gewisse Spekulationen innerhalb der christlichen Gewerkschaftskreise mehr und mehr auf die junge Generation abzielen, weil bei älteren und erfahrenen Mitgliedern der freien Gewerkschaften in Fragen der Weltanschauung sowieso nichts mehr zu machen ist, läßt es uns zweckmäßig erscheinen, auch die Leser des „Korr.“ davon in Kenntnis zu setzen, wie in anderen Kreisen der freien Gewerkschaften dieses Problem beurteilt und wie selbst in christlich gesinnten Kreisen Verbindungswege in gleicher Richtung bestehen. Schon folgen wir daher mit nachstehendem Abriss des von uns erwähnten Aufsatzes von Richard Timm aus der „Gewerkschaftszeitung“ einer diesbezüglichen Anregung aus Kollegenkreisen, ohne dabei einer Aufrollung anderer damit zusammenhängender Fragen Anregung geben zu wollen. Denn hier handelt es sich um eine Aufgabe, die weniger durch Worte als durch entsprechendes Verhalten jedes einzelnen Kollegen im täglichen Verkehr und bei der Arbeit gelöst werden kann. In diesem Sinne äußert sich auch Richard Timm, wie aus folgendem zu ersehen ist.

Die Aufgaben der Gewerkschaften liegen in der Hauptsache auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiet. Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das war im großen Antriebe das Aufgabengebiet der gewerkschaftlichen Organisation. Im Laufe der Entwicklung sind dann neue Aufgaben hinzugekommen, die logisch aus dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften entsprossen. Die Mitglieder der Gewerkschaften, wir haben hier nur die freien Gewerkschaften im Auge, verpflichten sich durch die Mitgliedschaft, nur die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ziele der Gewerkschaften anzuerkennen und zu fördern. Sie verpflichten sich ferner als Kollege oder Kollegin im Büro und Werkstatt zur Kollegialität und Solidarität.

Ein Mitglied der freien Gewerkschaften verpflichtet sich aber keineswegs, ein bestimmtes politisches oder gar religiöses Glaubensbekenntnis abzulegen oder ihm nachzugeben. So dürfte es unbestritten sein, daß ein irgendwie geartetes religiöses Bekenntnis kein Hinderungsgrund für

die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften sein kann. Wenn wir die Mitglieder unserer Verbände nach ihrem religiösen Bekenntnis fragen würden, so würden wir zu dem Ergebnis kommen, daß sich die überwiegende Mehrzahl zur evangelischen Konfession zählt. Ein kleinerer Teil hängt dem katholischen Glauben an und nur eine verschwindend kleine Anzahl zählt zu den Atheisten und Freidenkern. Schon diese Tatsache, auch wenn man sie im Augenblick nicht durch Zahlen erhärten kann, beweist uns, daß im Interesse einer guten kollegialen Zusammenarbeit die Achtung vor dem religiösen Bekenntnis des anderen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Man wende nicht ein, die Zugehörigkeit, besonders zur evangelischen Kirche, werde von den meisten Arbeitern nur aus Bequemlichkeit aufrechterhalten. Dies kann nicht ganz stimmen, weil jeder, der sich zu einer bestimmten staatlich anerkannten Kirche zählt, Kirchensteuer zahlen muß. Meistens werden eben doch noch gewisse Bindungen bestehen, die unter Arbeitskollegen abgelehnt werden. Im stillen Kämmerlein denken wohl viele anders. Wie sollte es sonst zu erklären sein, daß heute noch 95 Proz. der Berliner Einwohner den Kirchengemeinden angehören.

Als Gewerkschaften müssen wir daher im ureigensten Interesse eine unbedingte Loyalität in religiösen Fragen walten lassen. Wir sagen Loyalität und nicht Neutralität, weil uns Loyalität das weitergehende zu sein scheint. Es handelt sich schließlich um Fragen, die mit dem Wissen und der Wissenschaft nichts zu tun haben, die ganz auf dem Gebiete des Gemüts und des Glaubens liegen.

Stellen wir die unbedingte Loyalität und Neutralität der freien Gewerkschaften in politischen und religiösen Fragen fest, so ergibt sich, daß die Gründung von christlichen Gewerkschaften keine Notwendigkeit war. Was unterschiedet heute die beiden Gewerkschaftsrichtungen — freie und christliche — von einander? Doch im wesentlichen Agitationsbedürfnis — vor allem die Betonung des Religiösen bei den Christen. Auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet ist häufig eine weitgehende Übereinstimmung der Meinungen festzustellen, da sich auch die christlichen Organisationen dem Zwange der inneren Logik gewerkschaftlichen Denkens nicht entziehen können.

Die Konzentration, die in der kapitalistischen Wirtschaft immer weitere Fortschritte macht, erfordert jedoch eine geschlossene und schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung. Gewiß ist die Aufrollung der Frage einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Die Zersplitterung der Gewerkschaften in ihre drei Hauptrichtungen hat ihre Ursache in der Entstehung und historischen Entwicklung der Bewegung. Aber soll es denn immer so bleiben? Wir glauben nicht, wir haben die starke Hoffnung auf eine Besserung, wenigstens auf gewerkschaftlichem Gebiet. Was der älteren Generation noch unmöglich erscheint, ist künftigen Geschlechtern vielleicht eine Selbstverständlichkeit, und der Jugend dürfen wir den Weg nicht verperren. Verstärkt werden wir nämlich in unsrer Hoffnung durch die Haltung eines Teiles der jungen Generation sowohl im katholischen wie im evangelischen Lager. In der Zeitschrift „Kreuzfahrer“, Werkblatt der katholischen Volksjugend (1928), schreibt Jörg unter dem Titel „Um die Gewerkschaften“:

Wir leben heute in einer Zeiturchwandelnden sozialen Stands. Diese Zeit fordert den Zusammenhalt aller Arbeiter. Dieser heißt: Gewerkschaft. Wie aber stellt es mit der Einheit dieses Zusammenhaltendes aus? Sehen wir uns die Verhältnisse einmal an. Die deutschen Solaarbeiter zählen nicht weniger als drei Verbände. Ebenso ist es bei anderen Berufsgruppen. Von den Angehörigen gar nicht zu sprechen. Da kann man fünf Verbände, und bei näherem Zusehen, glaube ich, sogar noch mehr zählen. Der größte Teil der Arbeiter ist in den freien Gewerkschaften organisiert. Die „Christen“ haben überall eigene Verbände. Was das? Welt ist eine Sünde und eine Schande sein soll, als „gläubiger Christ“ einem „roten“ Verbände anzugehören! Welch abstrakteste Grobe, und doch kann man sie hundert Male hören. Von der großen Verlogenheit solcher Anschauung gar nicht zu sprechen. Ich will nur einiges über den „roten“ Verband sagen. Was mal seinen Namen betrifft, so heißt er schon nicht „Sozialdemokratischer Verband“, sondern „Deutscher Arbeiter-Verband“. Alle zusammengefaßt heißen sie dann „freie Gewerkschaften“. Aber warum vielfach dann sozialdemokratische Politik? Ganz einfach. Wenn man in Betracht zieht, daß der weltans absteigende Teil dort organisierten Arbeiter Sozialdemokraten sind, so darf es uns dann nicht wundern, wenn diese Menschen in ihren Versammlungen sozialdemokratische Politik treiben. (Ich glaube, die „Christlichen“ befragen das Gegenstück zur Meinung in ihren Versammlungen.) Wer sollte sie auch daran hindern? Es sind lo fast immer gleichgültige Menschen. Und wenn mal ein hundert Sozialisten ein Andersdenkender kommt, so kann man doch auf die paar Andersdenkenden nicht Rücksicht nehmen. Hier also wäre die Lösung: würden alle die christlichen Arbeiter sich den freien Gewerkschaften anschließen, so würde es dort bald mit

der sozialdemokratischen wie auch mit jeder andern Parteipolitik ausbleiben. Dann erst erfüllte der Verband seinen eigentlichen Zweck. Er würde nur einheitlich eintreten können für die Bekämpfung der Interessen aller Arbeiter als eine geschlossene Macht. Anfangs der Jugendbewegung muß es sein, alles aus dem Wege zu räumen, was uns hindert, die Einheit, die geschlossene Macht der Arbeiterkraft, zu schaffen. Es stehen heute bereits in freien Gewerkschaften junge Menschen aus der Arbeiterjugend, die darauf warten, daß auch endlich die absteigende stehende christliche Jugend sich einleitet zur Schaffung einer großen Einheitsfront aller arbeitenden Menschen unseres Volkes. Würde erst das erreicht, so wäre das schon ein großer Fortschritt. Und darum müde jeder sich anstrengen, wo er mehr arbeiten kann für Volk und Menschentum, hier oder dort.

Zwischen hat allerdings die Geistlichkeit alles getan, um diese Stimmen zu unterdrücken. Aber auch in der evangelischen Jugendbewegung werden ähnliche Meinungen laut. Ein jüngerer Arbeiter schreibt dem Organ seines Jungmännerverbandes (siehe „Der Ruf“, 8. Jahrg., Nr. 4, April 1929), es möge einmal etwas über die Gewerkschaftsfrage geschrieben werden. Wörtlich schreibt er:

Wir sind junge Proletarier und erkennen klar, daß wir uns in dieser Zeit zusammenzuschließen müssen, um einen gewaltigen Stoß gegen das Kapital zu bilden. Wir wissen, daß wir als einzelne in einem großen Betrieb der Willkür des Bosses ausgeliefert sind. So kommt es denn, daß man die freien Gewerkschaften als Retter ansieht und zu ihnen übertritt.

Die Schriftleitung erhebt nun eine große Anzahl von Zuschriften. In der ersten setzt sich der Konfuz Freireich von Falkenhäuser sehr lebhaft für die freien Gewerkschaften ein. Er schreibt:

Um es gleich vorwegzunehmen: Nach meiner Ansicht ist der Platz des dem G. B. M. angehörenden Proletariats nur in den freien Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften sind die größte und bedeutendste Organisation der Arbeiterwelt. Sie stehen der marxistischen sozialdemokratischen Partei sehr nahe, doch sind sie ihrem Charakter nach unpolitisch, d. h. sie sind keine politische, sondern eine wirtschaftliche Vereinigung. Freier, ihre Angehörigen brauchen nicht avangardische Willkür der sozialdemokratischen Partei, zu setzen. Darum erhebt sich für unsre jungen Freunde auch der Konflikt. Wenn die freien Gewerkschaften auch unpolitisch sind, so haben in ihnen doch die religiösen Ansichten des Marxismus die Führung. Der Marxismus kann aber direkt als Religion bezeichnet werden, nämlich als die Religion des Diesseits... Hierüber, und darüber, was sich die Kirche ganz klar sein oder werden, ganz von sich aus ist die Kirche eben wegen der Sünden der Vergangenheit nicht mehr in der Lage, zum Proletariat zu gelangen... Wenn man auch in der marxistischen Partei und in den freien Gewerkschaften die Religion nicht in dem gewöhnlichen Sinne als Privatangelegenheit ansieht, so hat doch der offizielle Parteitag fast es sehr klar angedeutet, radikalen Vorkäufen Gehör zu geben. Selbst anerkannter Führer sind nicht aus ihrer Kirche ausgetreten. Der verstorbene erste Reichspräsident war ein Katholik. Der Reichsminister des Innern, Severinus, ist Protestant. Auch ist noch auf die Anwesenheit des Vorsitzenden des großen mächtigen Deutschen Solaarbeiter-Verbandes, Fritz Zarnow, auf dem 26. evangelischen sozialen Kongress in Braunschweig, am 20. August, wo er einen mit kirchlichem Wesen aufgenommenen Vortrag über die Verunsicherung des Arbeitnehmers hielt. Das sind Zeichen der Zeit. Hier haben wir die gewünschten Mitglieder der Kirche gefunden, die die Kirche tragen sollen und können. Auch der Marxismus leitet aus dem Grundverständnis des tätigen Lebens, Leben ist Arbeit, aus dem inanktischer Angehörigkeit fern von ihm, so ermanen wir der Liebe und auch des Vertrauens zu Gott.

Falkenhäuser schließt seine unsonstigen Ausführungen mit dem Satz: „Ich weiß genau, es ist kein leichter Weg, den ich meinen jungen Freunden weise. Aber durch alle Verlockungen und allen Schrecken haben wir die Pflicht, Jene an zu sein, Jene bis zur letzten Konsequenz. Als Unabwandelbar bliebe mir daher nur der Satz: Streue in die freien Gewerkschaften!“ Die einschläfernden Worte von Falkenhäuser scheuten die christlichen Gewerkschaftssekretäre auf, die ihm in der gleichen Zeitschrift scharf entgegentraten.

Diese Stimmen aus dem Lager der christlichen Arbeiterkraft müssen uns Veranlassung geben, zu prüfen, ob auch immer und in allen Fällen die religiöse Loyalität und Neutralität gelbt worden ist. Es versteht sich, B. durchaus gegen die freierwerkschaftlichen Grundzüge, wenn einseitig die Freidenker in irgendeiner Form unterstützt werden. Auch für die Sozialdemokratische Partei liegen die Dinge ganz ähnlich. Schon die alten Führer wandten sich ganz entschieden gegen die Verletzung der religiösen Neutralität: von Volkmar erklärte auf dem Parteitag zu München 1902: „Mögen die Freireligiösen ihre Kulturkampfpantone und Pfaffenfreireieren doch in ihren freireligiösen Gemeinden betreiben, aber unsre Partei, unsre politische und wirtschaftliche Bewegung mögen sie damit ungeschoren lassen. Leider ist auch unsre Parteipresse in den letzten Jahren nicht von ähnlichen Anwandlungen freigeblichen. Ich weise auf die bekannte Schrift von Kofinsky hin, die zum Teil den alleroberflächlichsten Auffassungen darstellt.“ August Bebel erklärte auf dem gleichen Parteitag: „Religion ist Privatangelegenheit... Das steht nicht in unserm Programm, weil es selbstverständlich ist, und zwar deshalb selbstverständlich, weil nirgend in dem Programm gesagt wird, daß wir nach der religiösen Überzeugung eines





darin beweisen, indem er wissenschaftlich niemand verdrängt und so einen Lohnabbau nicht mitmacht, außerdem ein Unterkaribarbeiten strikte ablehnt.

Die Solidarität der einzelnen Kollegen zueinander verdient noch, da ebenfalls wichtig, der Erwähnung. Bei sämtlichen Gewerkschaftsfragen muß der reifere und ältere dem jüngeren und weniger erfahrenen Kollegen treu zur Seite stehen. Der wirtschaftlich Stärkere muß dem Schwächeren in der Entlassungsfrage, wenn nicht anders möglich, vorgehen. Der Tüchtigere muß dem weniger Tüchtigen, der Gutbezahlte dem schlechter Bezahlten die diesbezüglichen Wege ebnen. Das Herabsetzen in puncto Leistung u n t e r e i n a n d e r hat mit Solidarität nicht das geringste gemein und muß deshalb unterbleiben.

Diese Solidarität wirtschaftlicher Art hat, wie schon gesagt, ihren Heimatboden in den freien Gewerkschaften. Mögen sich alle Gewerkschaftsmitglieder des Ernstes der Stunde bewußt sein und werden. Noch nie haben Ereignisse größere Anforderungen an die Solidarität jedes einzelnen gestellt als die gegenwärtigen. Es geht nicht nur um das Ansehen der Gewerkschaften, nein — es geht um alles, um unser Sein und Nichtsein. Lohnabbau, Beseitigung der Sozialversicherungen, Ablehnung jeglicher Tarifverträge möchte man der Arbeiterschaft eventuell als Weisheitsgabe beschreiben. Da gibt es nur eins — Solidarität —, einer für alle und alle für einen, dann wird dieser schwindliche Kapitalismus an dem Riesen Arbeiter erschaffen.

Zur Erreichung dieses Zieles ist auch die politische Solidarität notwendig und deshalb zu erörtern. Jetzt, gerade vor den Wahlen, in einer Zeit der Erwartung kommender Ereignisse, heißt es alle egoistischen Bedenken zurückstellen zur Errichtung der sozialistischen Plattform. Die Gefahren sind groß, von der Gegenseite um Jahrzehnte zurückgeworfen zu werden. Dieser Wahlkampf wird die Entscheidung bringen, wer in Zukunft die Geschicke Deutschlands bestimmen wird, die Arbeiterschaft oder das Unternehmertum. Für oder gegen die Sozialversicherung wird die Parole lauten. Es gibt hier nur, trotz aller Namen einzelner Parteirichtungen, zwei Ideologien — Sozialismus und Kapitalismus —, die sich im kommenden Wahlkampf gegenüberstehen werden. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist eine Wirtschaftsfrage und nur unter schärfstem Druck auf maßgebende Wirtschaftskreise möglich. Diesen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu erreichen, ist der Wunsch aller Beschäftigten und Unbeschäftigten. Um aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen, kämpft die Gewerkschaft einen nie gefantenen, erbitterten Kampf. Wir Gewerkschaftler erklären deshalb, uns am 14. September für die Partei zu entscheiden, die den freien Gewerkschaften im Kampf gegen das Unternehmertum, gegen Lohnabbau und gegen die Verschlechterung sozialer Einrichtungen solidarisch zur Seite steht.

Kassel. Heinrich Barthelmann.

### Zweiter Mitteldeutscher Druckeritag

Die Druckerkreise Dresden, Erfurt, Halle, Leipzig und Magdeburg im Verband der Deutschen Buchdrucker trafen sich am 16. und 17. August im „Volkspark“ zu Halle o. d. S. zum Zweiten Mitteldeutschen Druckeritag. Rund 1200 Drucker mit Damen nahmen daran teil. Die Vorsitzenden dieser Kreise bildeten das Büro.

Kollege P i ö h (Halle) als Leiter der Veranstaltung eröffnete am Sonnabend die Tagung. Er gab der Freude über die trotz der großen Arbeitslosigkeit gerade unter den Druckern außerordentlich starke Teilnahme an der Tagung Ausdruck und entbot allen Erschienenen ein herzliches Willkommen in untrer alten Saalestadt. Nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten bekam Kollege Bruno K e r m a n n (Berlin) das Wort zu seinem groß angelegten Referat „Russische Zeitfragen“. Ausgehend von der Gründung der Druckerpartei, schilderte Redner den mühseligen Aufbau derselben. Er warnte sich gegen die Hoffnungen des Unternehmertums, in diesen schweren Zeiten endlich durchzudrücken, was ihnen bisher nicht gelang. Jeder einzelne müsse mehr Mut aufbringen, energischer mitarbeiten im Kampfe gegen Ausbeutung und Lohnabbau. Solidarität und Kollegialität, die besten Waffen der Arbeiterschaft, seien heute nötiger denn je! Wir dulden keinen Lohnabbau! Gegen alle Versuche erheben wir stärksten Protest! Der Vornarrsch auf dem Gebiete des Lohnkampfes sei zwar durch die Weltwirtschaftskrise abgestopft, gehe es aber auch zur Zeit nicht vorwärts, auf keinen Fall darf und wird es rückwärts gehen! Halte die tariflichen Sonderbestimmungen streng ein! Abt Solidarität im Interesse der Erwerbslosen! Starker Beifall dankte dem Redner. In der anschließenden Diskussion stimmten alle Redner mit dem Referenten überein. Die Opposition war nicht vertreten!

Der Gedanke der Einheitszurichtung, der von einem Kollegen aus Gotha in die Debatte einworfen wurde, ließ auf Widerstand, da dieses Thema ein rein technisches und nicht zum Vortrag gehöre. W e n d l a n d (Berlin) führte aus, daß wir keine Ursache haben, dem Unternehmertum zu helfen. B r i n g e r (Dessau) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Hilfsarbeiterorganisation. L e h m a n n (Dresden) forderte, daß Drucker, die untariflich handeln, bei Erwerbslosigkeit keine Unterstützung bekommen sollten. Die Arbeitslosen müßten sich mehr um die Betriebe kümmern, sie müssen die Durchführung des Einmachinensystems kontrollieren. T h o m a s (Leipzig) schloß sich den Ausführungen Wermans an und betonte die Schwierigkeiten bei den letztmaligen Tarifverhandlungen. Ein kerniges kurzes Schlußwort beendete die Verhandlungen und leitete über zu einem in vollster Harmonie und Einigkeit verlaufenen geselligen Kommers mit musikalischen und humorvollen Vorträgen.

## 50 Jahre Verbandsmitglied



Jakob von Känel in Bremen

Eingetretten: 2. Mai 1880 — Helma Schlimmann in Bremen



Karl Köhler in Leipzig

Eingetretten: 3. Juli 1880



Paul Lowag in Berlin

Eingetretten: 24. Juli 1880



Die offizielle Festversammlung am zweiten Tag, die im überfüllten großen Volksparkaal abgehalten wurde, wurde durch den Gesangsverein „Gutenberg“ mit dem Vortrag zweier Lieder eingeleitet. Kollege P i ö h begrüßte die äußerst zahlreich erschienenen Kollegen aus Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Erfurt, Wittenberg, Langensalza, Böhnen, Rudolstadt, Chemnitz, Zwickau, Jena, Ilmenau, Queblinburg, Plauen, Weimar, Zeitz, Götzenhainichen, Burg, Gotha, Mühlhausen, Dessau, Nordhausen, Halle und Zeitz mit einem herzlichen Willkommen. Gauvorsitzer K ö n i g (Halle) hieß die Tagungsteilnehmer namens des Vorstandes im Saalegau willkommen, erinnerte an die Gründung der Zentralkommission der Drucker in Halle vor 33 Jahren und mahnte zur Arbeit im Geiste der Solidarität und Kollegialität. Wünsche auf erfolgreichen Verlauf der Tagung ließen der Verbandsvorstand, die Zentralkommission der Drucker Deutschlands, die Gauen Leipzig und Thüringen, der Ort Halle, die Kreise Berlin und Hamburg, die Maschinenseher des Saalegaulandes, die Sparten von Halle, ferner die Druckerkreise Düsseldorf, Karlsruhe, Stuttgart, Bremen und Breslau überbringen. Für diese Wünsche dankte P i ö h im Namen der fünf vereinigten Druckerkreise.

Hierauf erhielt der Bundessekretär des ADGB, S e r m a n n S c h l i m m e (Berlin), das Wort zu seinem aktuellen Thema „Die Wirtschafts-ideologie der Nationalsozialisten und die freien Gewerkschaften“. Schlimmes Referat wurde zu einem überzeugenden Plädoyer für die Gewerkschaften und zu einem vernichtenden Urteil über die Wirtschafts-ideologie der Nationalsozialisten. Die deutsche Arbeiterklasse steht im heftigen Kampfe um die zukünftige Gestaltung der demokratischen Republik. Leider tobt dabei innerhalb der Arbeiterschaft selbst ein heftiger Kampf um die Wege, die aus Not und Elend führen sollen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Zuspaltung der Lage der Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft. Der Kampf um eine bessere soziale Ordnung wird immer mehr zum Kampf um die Staatsmacht. Er wird erschwert durch die Tatsache, daß 65 Proz. der Arbeiter in Deutschland noch keiner Organisation angehören. Der Referent streifte dann das Programm der Nationalsozialisten und unterzog es einer scharfen Kritik. Es sei das Programm der Programmlosigkeit. Mit diesem „Hofbräuhausprogramm“ der Nazis werden weder Sozialismus noch Weltfrieden erreicht. Sondern die Gewerkschaften, vor allem die selbstgezügeltsten Organisationen, wie die der Buchdrucker, von denen 95 Proz. organisiert sind, werden die Bannerträger der Zukunft sein. Seid Kämpfer für den demokratischen Geist! Der Vortrag wurde mit brausendem Beifall aufgenommen.

Mit einem dreifachen Hochruf auf die uns alle umfassende Mutterorganisation, den Verband der Deutschen Buchdrucker, der begeistert aufgenommen wurde, schlossen die ersten Tagungen des Zweiten Mitteldeutschen Druckeritages,

Trotz strömenden Regens standen die Veranstaltungen im Zeichen eines prächtigen Buchdruckerfestes. Auch der Festzug am Sonntagmorgen 8 Uhr war unter starker Beteiligung vor sich gegangen. Die für die Damen vorgesehene Wasserfahrt fiel wegen zu viel Wasser leider ganz ins Wasser. Als Ersatz wurde eine Besichtigung des herrlichen Zoo vorgenommen und nach der gemeinschaftlichen Mittagstafel eine Besichtigung des Landesgesellschafts Kreuz bei Halle. Bis in die späten Nachtstunden war alles noch in alter Buchdruckerweise kollegial beisammen.

Allen Teilnehmern sei an dieser Stelle nochmals Dank und Gruß!

Besonderen Dank dem Verkehrsamt Halle für Überlassung von schön ausgeführten Filzern sowie den Farbenfabriken Gebr. Hartmann (Kammendorf) für die gewidmete Mappe mit Kunstbelegungen und der Halle'schen Druckereigesellschaft für Ausrüstung ihrer Zeitung.

R. v. Halle.

### Erstes Niederdeutsches Handseherertreffen

Zum erstenmal rief die Handsehervereinigung im Gau Hannover zu einem Treffen, zum erstenmal seit ihrem Bestehen. Und nicht ungehört verhallte ihr Ruf. Alle Handsehervereinigungen im Gau waren erschienen, ja selbst in den entferntesten Winkeln unfres weitverbreiteten Gaus, in Osnabrück, Harburg und Göttingen, waren die Kollegen beim Tagesrauschen aufgebrochen, um mit teilzunehmen am Ersten Niederdeutschen Handseherertreffen am 17. August in Hannover. Rund 200 auswärtige Kollegen waren erschienen, so daß wir mit den hannoverschen Kollegen zusammen 500 Teilnehmer zählen konnten.

Zunächst ging es nach dem Hochhaus des „Hannoverschen Anzeigers“. Hier schauten die Kollegen hinein in das Getriebe einer modernen Zeitungsdruckerei — und mancher hatte den Wunsch, in solchen Räumen seinen Beruf ausüben zu können. Doch nicht nur allein berufliche Dinge brachte das „Anzeiger“-Hochhaus, sondern auch das Planetarium in der das Haus trennenden Kuppel vermittelte den Teilnehmern Eindrücke von fließendem Wert.

Hierauf tagte im „Volkshaus“ die Handseher-Gauversammlung. Als erste stiegen die Sänger der Liedertafel „Eppographia“ ihr Lied erschallen und schufen so eine würdige Stimmung für die Verhandlungen. Kollege B e h r e n s begrüßte die Erschienenen, darunter die Kollegen Fiedler (Berlin), Hartmann und Bodenkötter (Bremen), die Vertreter des Gauvorstandes, des Lokalvereins Hannover sowie der Sparten und des Bildungsverbandes. Er berichtete dann über den Stand der Handseherbewegung im Gau Hannover (sieben Vereinigungen mit über 800 Mitgliedern) und knüpfte daran den Wunsch, daß die heutige Veranstaltung zur Weitertragung der Bewegung dienen möge. Die Vertreter des Gauvorstandes, des Lokalvereins Hannover, der Sparten und des Bildungsverbandes brachten ihre Grüße zum Ausdruck und wünschten dem Treffen einen guten Verlauf. Die Bezirksvorstände des Gaus Hannover legten ebenfalls — teils durch Vertreter, teils schriftlich — ihre Verbundenheit mit dem Gedanken der Handseherbewegung dar.

Es sprach dann Kollege F i e d l e r (Berlin) über „Der gegenwärtige Stand und die Bedeutung der Handseherpartei“. Einleitend sprach er über den Zweck der Wanderversammlungen innerhalb der Sparte. Gleichwie in früheren Jahren der werdende Geselle den Gedanken der Organisation hinaustrug in die Lande, so solle auch mit der Abhaltung von Wanderversammlungen die Idee der Spartenbewegung hinausgetragen werden in alle Handseherkreise. Daneben solle aber die Pflege der Kollegialität und Solidarität ein engeres Band um die Kollegen schlingen. Er ging dann zu der Notwendigkeit der Spartenbewegung über. Die technische Entwicklung hat die Entstehung der Sparten zu einer Unabwendbarkeit gemacht; und wenn auch manchmal eine grundsätzliche Ablehnung der Spartenbewegung als Ganzes zu hören ist, so findet diese ihre Begründung in den teilweise vorgekommenen Übergriffen der Sparten in Gebiete, die ureigenstes Feld der Mutterorganisation, des Verbandes, sind. Wo aber das nötige Verantwortungsgefühl bei den Führern vorhanden ist, sind derartige Übergriffe unmöglich. Das Hauptmoment für die Gründung der Handseherpartei liegt in der durch die technische Entwicklung bedingten Zurückdrängung der Handseher innerhalb des gesamten Buchdruckgewerbes. Kein geschichtlich stellte er dann fest, daß eigenartigerweise die Handseherbewegung nicht von den großen Druckzentren, sondern von mittleren Druckstätten ins Rollen gebracht wurde. So war es München, wo im Frühjahr 1922 die erste Handsehervereinigung gegründet wurde. Die Bewegung zog dann aber weitere Kreise, so daß im Herbst 1929 (Frankfurter Verbandstag) 76 Handsehervereinigungen mit 12 000 Mitgliedern bestanden. Die Agitation für die Anerkennung der Handseherpartei, die in engster Zusammenarbeit mit den Handseherbestimmern im Verbandsvorstand erfolgte, brachte dann auch am 14. Verbandstag den Erfolg. Wenn nun vordem die Handsehervereinigungen mit mancherlei Widerständen und Hemmnissen zu kämpfen hatte, so fielen diese nach der Anerkennung fort. Die Gauvorstände setzten sich für die Handsehervereinigungen ein und gestiftete Zuwendungen halfen der Bewegung den Weg ebnen. Die auf der Vierten Handseher-Vorstandskonferenz in Heidelberg gewählte Zentralkommission nahm dann die Geschichte in die Hand. Die bisherigen „Leipziger Mitteilungen“ gingen ein und dafür erschien „Der Handseher“, der sich nur mit technischen Fragen beschäftigt und sich größter Anerkennung im In- und Auslande erfreut. Die monatlichen Mitteilungen an die Vorstände, die herausgegebenen Vortragsdispositionen und das Flugblatt „Warum steht Du noch abseits?“ — sie alle hatten sich

streng auf dem ureigensten Gebiet der Spartenbewegung, so daß die anerkennenden Worte des „Rorr.“ (Nr. 50) in jeder Beziehung ihre Berechtigung haben. Seit der Anerkennung der Handfegerbewegung sind 53 Handfegervereinigungen mit 4000 Mitgliedern hinzugekommen, so daß jetzt in 22 Gauen in 129 Handfegervereinigungen 16 000 Handfeger organisiert sind. Die Steigerung der Zahl der Handfegervereinigungen um zwei Drittel (die Mitgliederzahl stieg nur um ein Drittel) beweist, daß sich die Bewegung nicht nur auf die Großstädte beschränkt hat, sondern sich auch auf die Provinz ausgedehnt hat. Aber nicht allein auf diesem Gebiete konnte Kollege Fiedler günstiges berichten, auch bei der Wahrnehmung tariflicher Rechte stand die Zentralkommission ihren Mann. Wenn bei den verflochtenen Manteltarifverhandlungen von der Aufstellung jeglicher Sonderforderungen einzelner Sparten Abstand genommen wurde, so ist das nicht zuletzt Verdienst der Zentralkommission. Als Politisches für die Handfeger wurden zwei Forderungen im Manteltarif verankert: die Bestimmung des § 3 Absatz 7 über die Beschäftigung von Maschinenlehren im Handtag und die Verminderung der Lehrlingsstaffel. Über die Zusammenarbeit mit den übrigen Sparten läßt sich nur Gutes sagen. Nur § 3 Absatz 7 macht vereinzelt Schwierigkeiten; denn trotz der Abmachungen mit der Zentralkommission der Maschinenfeger versuchen es Maschinenfegerkollegen immer wieder, diese Bestimmung zu umgehen. Mit dem Wunsch zur Einigkeit in der heutigen Zeit der Wirtschaftskämpfe und der politischen Nachkämpfe und der Aufforderung, am 14. September reiflos nach den Richtlinien des DGB, zu handeln, schloß Kollege Fiedler seine Ausführungen.

Am Nachmittag besuchten die auswärtigen Kollegen teils Herrenhausen und teils den Zoo, um sich dann wieder zu treffen bei einem von der Handfegervereinigung Hannover krebenzten Abschiedstrunk, der denn auch die Buchdruckerfröhlichkeit noch recht herzlich aufleben ließ.

—cr.

### Korrespondenzen

**Karlsruhe. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.)** Für die neugegründete Rotationsabteilung fand am 6. April ein Lichtbildvortrag über Rotationsdruck- und Hilfsmaschinen statt. Der Referent, Herr Ingenieur Wolff von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, vertrat es, die Kollegen mit modernen, neuzeitlichen Maschinenbau bekanntzumachen. Ihm sowie seiner Firma, der W.M., sei auch an dieser Stelle gedankt. — Zu dem Technischen Abend am 2. Mai hatte unser Fachlehrer, Kollege Wilhelm, ein Referat über das Thema „Die Ausbildung der Belehren in der Fachschule“ übernommen. Im Hand des sehr reichhaltigen Lehrplanes konnte er nachweisen, daß für das Fortkommen der Belehren in der gut eingerichteten Fachschule auf das Beste gesorgt ist. Wenn auch noch manches zu wünschen übrig läßt, so ist doch die Hoffnung vorhanden, daß auch in Zukunft manches besser werden wird, zum Wohle unseres Nachwuchses und der Sparte. Der Vorsitzende der Technischen Kommission, Kollege K. L. u. S., hatte acht Anfragen der Verammlung vorgelegt. Auch hier konnte jeder manche wertvolle Anregung mit nach Hause nehmen. Kreisvorsitzender Feiliger berichtete über eine in Heidelberg abgehaltene Kreistagung. Ihr Zweck war, Vortragsarbeiten für einen im Jahre 1931 abzuhaltenen Südwestdeutschen Druckertag zu leisten. — Die Verammlung am 27. Juni hatte sich in der Hauptsache mit dem Zweiten Badischen Druckertag in Freiburg im Breisgau zu beschäftigen. Kollege K. L. u. S. hatte noch ein kleines Referat über „Unsere Wagen“ übernommen, in dem er in klarer Weise die Vorzüge und Nachteile, auch der neuen Gummiwage, schilderte. Sämtlichen Referenten sei für ihre Unterstützung nochmals gedankt.

**Mannheim. (Stereotypen- und Galvano-plastiker.)** Unter zahlreicher Beteiligung fand am 27. Juli im „Gewerkschaftshaus“ zu Heidelberg die diesjährige Generalversammlung unserer Gauvereinigung statt. Unter den Gästen konnte der Vorsitzende des Gauvorsteher Conrad, den Bezirksvorsitzenden Casper (Ludwigshafen) sowie die Vertreter der Maschinenfeger, der Drucker und der Handfegerpartei begrüßen. Nachdem eine Aufnahme vollzogen worden war, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist auf 104 angewachsen, aber die Mitgliederwerbung hat hiermit ihren Abschluß noch nicht gefunden, es sind noch viele, die unserer Sparte fernstehen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Punkt „Technisches“ war der ausgiebigste und interessanteste des Tages. Als nächster Tagungsort wurde Ludwigshafen a. Rh. (die Wiege unseres Vereins) gewählt, schon deshalb, weil nächstes Jahr unsere Vereinigung 30 Jahre besteht. Nachdem unter „Verschiedenem“ noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, fand die sehr gut besuchte Verammlung ihren Abschluß. — Nach dem Mittagessen sammelten sich die Kollegen mit ihren Damen zu einer Besichtigung des Heidelberger Schlosses, von dort ging man nach dem schon gelegenen Bergfriedhof, um dem Grab des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert einen Besuch abzustatten. Anschließend verließ man noch einige Stunden in Gemütslichkeit bis zur Heimreise beisammen. Leider verging diese Zeit viel zu schnell.

**Stendal.** Am 10. August fand in Gardelegen unsere diesjährige Bezirksversammlung statt. Sie war von etwa 100 Kollegen besucht. Nicht vertreten waren die Orte Bismark und Arensdorf. Bei dem Punkt „Bericht aus dem Bezirksort“ kam zum Ausdruck, daß fast kein Ort von der wirtschaftlichen Krise verschont geblieben ist. Am Wortort Stendal sind bei etwa 70 Mitgliedern 17 arbeitslos. Ferner wurde festgestellt, daß in Tangerhütte und in Bismark die Bezahlung der Gehälter nicht den tariflichen Bestimmungen entspricht. Darauf gab Bezirksleiter Zugel bekannt, daß er vier Klagen wegen zu niedriger Kostgebühren der Lehrlinge beim Arbeitsgericht mit vollem Erfolg durchgeführt hat. Hieran anschließend referierte Gauvorsitzender Düning über „Aktuelle Gewerkschaftsfragen“. Für seine tiefgründigen, weit aussehenden Ausführungen wurde dem Re-

ferenten lebhaftester Beifall zuteil. Aus der sich anschließenden Debatte sei hervorgehoben, daß die Kollegenhoffnung bei den jetzt durch die Notverordnung herabgesetzten Leistungen der Krankentassen den jetzt gefällten Gewinnschub von 40 Pf. aufrecht erhalten haben möchte und gewillt ist, dafür den Gaubeitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Dann kam der Vertreter der Handfegerpartei, Kollege Sprötze (Halle), zu Wort. Er sprach über das Thema: „Warum Handfegerpartei?“ Er vertrat es, in anschaulicher Weise Zweck und Ziele der Handfegerpartei darzulegen. In der lebhaftesten Debatte kam nach einigen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Sparten zum Ausdruck, daß man bei dem ganzen Spartenweien, das ja zur weiteren Ausbildung der Kollegen seine volle Berechtigung hat und notwendig ist, den Verband der Deutschen Buchdrucker, der uns doch alle verbindet, nicht vergessen möge und die Verbandsverammlung besser wie bisher besuchen möchte. Unter „Verschiedenem“ gab Kollege Zugel bekannt, daß der Unterfachausschuß für die Altmark bei der Handwerkerkammer Magdeburg gebildet worden ist und die Kollegen Zugel und Dietrich von Gehlfenreise zu Fachauschussmitgliedern ernannt worden sind. Er hat hauptsächlich die Eignungs- und Zwischenprüfungen zu erledigen und die Bestimmungen der Lehrlingsordnung zu überwachen. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die nächstjährige Bezirksversammlung in Tangermünde stattfinden zu lassen.

**Waldenburg. (Maschinenfeger.)** Zu unserer am 3. August in Neurode abgehaltenen Bezirksversammlung in Waldenburg konnte Vorsitzender Masner 34 Kollegen begrüßen. Auch der Vorsitzende des Neuroder Ortsvereins hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der kürzlich hierseits tödlich verunglückten 151 Bergknappen ehrend gedacht. Sodann gab der Vorsitzende eingegangene Schreiben bekannt und unterrichtete die Versammelten von der kürzlich erfolgten Gründung eines Ortsvereins der Maschinenfeger in Waldenburg. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit gab der Vorsitzende dem Ausschüssen des Kollegen Brinckmann von Gavorst in Bresslau aus Sparte und Beruf Kenntnis, was von der Versammlung auf das lebhafteste beaufert wurde. Es wurde noch die Gauwander- versammlung in Banzlau besprochen und einige technische Angelegenheiten erörtert. — Nach einigen Stunden gemütlichen Beisammenseins am Nachmittag brachten die Abendgäste die Teilnehmer wieder an ihre Wohnorte zurück.

### Allgemeine Rundschau

**Rechts- und tarifwidrige Stellungsangebote.** Die Geschäftsleitung der „Pippischen Tageszeitung“ in Detmold ludte vor einiger Zeit in „Klimsch's Drucker-Anzeiger“ (Nr. 57 vom 12. Juli d. J.) einen Drucker, der neben selbstverständlicher beruflicher Befähigung keine oder entsprechende politische Gesinnung besitzt. Die entsprechende politische Gesinnung wird dadurch näher gekennzeichnet, daß sich die Firma im ersten Satz der Anzeige als rechtsstehendes Druck- und Verlagsunternehmen bezeichnet. Wir beurteilen alle derartigen Stellungsangebote und -gesuche als tarifwidrig. § 1 unseres allgemeinerverbindlichen Tariffs besagt in seiner Ziffer 2 wörtlich folgendes: „Der Zweck des Tarifvertrags ist die Aufrechterhaltung des gewerkschaftlichen Friedens durch Schaffung und Sicherung tariflichen Rechts und Regelung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten, alles unter Ausschluß parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte.“ Nach dieser klaren tariflichen Bestimmung, die unabhingbaren Charakter hat, ist jedes Arbeitsverhältnis, das einem Buchdrucker als Facharbeiter eine bestimmte politische Richtung vorschreibt, rechtlich ungültig, weil gesetzeswidrig. Traurig genug, daß politische Gesinnung oft nur noch wie gescheiterte Handelsobjekte bewertet wird. Gänzlich unhaltbar und von unberechenbarer Tragweite für das gesamte Buchdruckgewerbe wäre es aber, wenn eine solche parteipolitische Rückwirkung in unserm Gewerbe zulässig sein sollte, wie sie nach solchen Arbeitsvertragsbedingungen der „Pippischen Tageszeitung“ die Folge sein müßte. Denn was dem einen recht ist, wäre dem andern billig. Und wir glauben, mit größter Sicherheit lagen zu dürfen, daß wenn alle „rechtsstehenden“ Zeitungsverleger in Deutschland der von einem der ihren im vorstehenden Falle angewandten politischen Bevormundung auch auf Gehilfenseite gegenüberständen, sie ihre Satz- wie Druckerarbeiten zum allergrößten Teil selber herstellen müßten und sie selbst die ihnen noch verbliebenen „rechtsstehenden“ Buchdruckerarbeiten am liebsten so schnell wie möglich nur noch von hinten sehen möchten. Denn wo es in der Hauptsache auf parteipolitische Knechtseligkeit ankommt, kann das berufliche Können kaum wert sein.

**Abschwächung des Druckarbeiterergriffs bei Druckmaschinen.** In Nr. 70 der „Papierzeitung“ wird als sicherstes Mittel zur Abschwächung des oft unangenehmen Greruchs von Druckmaschinen, der in der Regel weniger von einzelnen Papiergattungen als von der zur Verwendung gekommenen Druckfarbe herrührt, empfohlen, die fertig bedruckten Bogen einem etwa 50 bis 60 Grad Celsius heißen Luftstrom auszusetzen. Nach wenigen Stunden sei dann der Farbgeruch ziemlich verschwunden.

**Zeitungsdruckerei im Bieserwagen.** Wie die englische Zeitung „United Press“ berichtet, werden die letzten Nachrichten der Londoner Abendzeitung „The Star“ unter der Rubrik „Letzte Minute“ nicht etwa in der Druckerei dieses Verlags, sondern in den Bieserwagen eingebracht, durch die die Zeitung in die entfernteren Bezirke befördert wird. Jeder große Bieserwagen enthält eine kleine Druckerei mit Setzmaschinen und eine kleine Druckmaschine, die bis zu drei, je 33 Zeilen lange Nachrichten mit einer Geschwindigkeit von 10 000 Exemplaren in der Stunde drucken kann. Das Personal des Wagens erhält die Nachricht auf drahtlosem Wege aus der Redaktion, legt sie und druckt sie direkt in eine leergebliebene Spalte der Zeitung. Diese Arbeit kann ganz gut im rollenden Wagen geleistet werden, sehr oft aber wird der Wagen mit der kleinen Druckerei neben einem Fußballfeld, einer Rennbahn usw. aufgestellt, damit das von diesen sportlichen Veranstaltungen kommende Publikum beim Ausgang schon eine Zeitung mit den neuesten Nachrichten kaufen kann.

**Nationalsozialistische Verewandlung der Berufsschulen.** Bisher waren es vor allem die höheren Lehranstalten, die man mit völkischen Zellen, zum Teil sogar recht erfolgreich, durchsetzt hat. Von den Hochschulen ganz zu schweigen. Jetzt

will der Nationalsozialismus auch die Berufs- und Fachschulen erobern, jukt in dem gleichen Moment, mo der große Mann der nationalsozialistischen Kulturpolitik, Herr Frick, in Thüringen die Berufsschulen zu vernichten beabsichtigt — offenbar ist dies die andere Seite der Eroberung. Die Berufsschulen, die von den Nazis in einem Aufruf „Zustückten des volksverneinenden Marxismus, die man auszüräumen muß“, genannt werden, sollen — wie der „Angriff“ erklärt — durchsetzt werden von einer „Berufsschulzellen-Organisation der Hitler-Jugend“. Sie habe die Aufgabe, die Jungarbeiter und Belehren zu einem schlagkräftigen Instrument für die Ziele des deutschen Arbeiterführers Adolf Hitler zu machen“. Kein Zweifel: auch diese Organisation wird mit allen jenen niederdrückenden Mitteln arbeiten, die man aus den Anweisungen der nationalsozialistischen Jugend kennt. Es ist wirklich höchste Zeit, daß alle einstigen Erzieher mit den Eltern und Staat sich zusammenfinden zur Bekämpfung solcher Politisierung der Schulen.

**Abschleichen Schiedspruch.** Der Deutsche Metallarbeiterverband hat den in voriger Nummer registrierten Schiedspruch für die Metallindustrie in Nord-West abgelehnt. Grund der Ablehnung ist die viel zu große Beschränkung des Kreises der Beteiligten an der durch den Schiedspruch vorgesehenen Arbeitszeitverkürzung; von mehr als 100 000 Arbeitern sollten nur etwa 3000 in Frage kommen. Das wird aber zweifellos den Reichsarbeitsminister Stegerwald nicht abfallen, die Verbindlichkeitserklärung trotzdem auszusprechen.

**Reichsindexziffer für August 1930.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats August auf 148,8, gegenüber 149,3 im Vormonat.

**Christlicher Krankentassenwindel.** Die Organe der christlichen Gewerkschaften und die gesamte Zentrumspresse überlagern sich in letzter Zeit in demagogischen Verdächtigungen und Lügen bezüglich der diffamatorischen Verschleierung der Krankenterversicherung durch die Notverordnung der zur Zeit als Reichsfinanz- und Reichsarbeitsminister amtierenden ehemaligen Führer der christlichen Gewerkschaften, der Herren Brüning und Stegerwald. Die Lügner behaupten: Der Sozialdemokratische Hauptverband deutscher Krankentassen war es, der auf seiner Tagung vom 5. bis 7. August 1928 die Forderung aufstellte, eine Gebühr für Krankentassen einzuführen. Was ist Tatsache? Sowohl der Verbandstag von 1928 wie der nächstfolgende Verbandstag in Nürnberg 1929 haben sich auf dem Standpunkt gestellt, daß die Erhebung einer Krankentassengebühr oder eines Arzneikostenanteils nicht in Frage kommen könne. In diesem Sinne sind auf beiden Tagungen insbesondere die Vertreter der freien Gewerkschaften aufgetreten. Die Lügner behaupten weiter: In allen wesentlichen Bestimmungen wurde der derzeitige Entwurf noch unter dem Reichsarbeitsminister Wiffell ausgearbeitet. Was ist Tatsache? Unter Wiffell ist lediglich, wie das immer in solchen Fällen üblich ist, von einer untergeordneten Stelle ein Referentenentwurf ausgearbeitet worden. Wiffell hat über diese Fragen zwar die beteiligten Organisationen gehört, aber niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er den Referentenentwurf weder dem Kabinett noch dem Reichstag vorlegen werde. Erst sein Nachfolger Stegerwald vom Zentrum hat sich diesen von Wiffell abgelehnten Referentenentwurf zu eigen gemacht. Die Lügner behaupten ferner: Ebenjowentig ist vergessen, daß sich gerade die preußische Regierung des Gewerkschafters Otto Braun im Reichstag mit ganz besonderem Nachdruck und gegen andre Ländervertreter für die Krankentassengebühr einsetzte. Was ist wahr? In der preußischen Regierung ist für die betreffende Frage der Wohlfahrtsminister Hirtler vom Zentrum verantwortlisch. Das Kabinett Brüning verlangte eine Krankentassengebühr von einer Mark, auf Antrag der preußischen Vertreter, die darin den Welfungen Hirtlers folgten, ist die Gebühr auf 50 Pf. herabgesetzt worden. Das Kabinett Brüning bestand auf einer Mark, legte dem Reichstag eine Doppelvorlage vor, in der wiederum die erhöhte Krankentassengebühr enthalten war. Die Lügner behaupten: Die Sozialdemokratie aber hat die Stirn, den gegenwärtigen Reichsarbeitsminister dafür verantwortlich zu machen, daß die rote Forderung in dem neuen Gesetzesentwurf aufgenommen wurde. Was ist wahr? Solange der Sozialdemokrat Wiffell im Reichsarbeitsministerium saß, konnten die Forderungen nach einer Krankentassengebühr trotz Wirtschaftskrise und Finanznot abgewiesen werden. Erst der gegenwärtige Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald vom Zentrum hat die Verschleierung der Krankenterversicherung in der vom Kabinett Brüning erlassenen verfassungswidrigen Verordnung durchgesetzt. Die Frage der „christlichen“ Presse: Wer hat den brutalen Angriff auf die Sozialversicherung begonnen?, ist dahin beantwortet, daß er von den Unternehmern und von den bürgerlichen Parteien ausgegangen ist, und daß er die ersten größeren Erfolge nur unter dem Kabinett Brüning-Stegerwald erzielt hat.

**Strafbarkeit bei Nichtablieferung von Versicherungsbeiträgen.** Wie aus dem Reichsarbeitsblatt Nr. 24 vom 25. August in Teil IV, Seite 68, zu entnehmen ist, sind durch die Reichsrichterkonferenz für 1925/27 747 Verurteilungen wegen derartiger Vergehen festgesetzt, für 1926/25 056, für 1927 sogar 3717 ausgewiesen. Zur Zeit haben nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers die Beitragshinterziehungen einen Umfang erreicht, der geeignet ist, die gefesungsmäßige Durchführung der Sozialversicherung zu gefährden. Die Strafverfolgungsbehörden werden daher aufgefordert, der Bearbeitung von Verfahren wegen Vorenthaltung von Beiträgen an der Sozialversicherung, insbesondere wegen Vergehens gegen die §§ 533, 1492 RWG, § 338 WGB, § 233 RWG, § 270 WVBVG, ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Hierbei werden vorzugsweise folgende in der höchstzulässigen Rechtsprechung entwickelte Auslegungsgrundzüge zu beachten sein: Der häufige Einwand des Arbeitgebers, er habe nur die Mittel aufbringen können, um die Arbeitslöhne abzufriedigen der von den Arbeitnehmern aufzubringenden Versicherungsbeiträge zu bezahlen, ist nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts unbedeutend; vergleiche RWG, Band 30, Seite 101. Das Vergehen der Beitragshinterziehung ist vollendet, wenn der volle Lohnbetrag um Beiträge des Arbeiters tat-







